

Vom "Green New Deal" zum "European Green Deal"

Simonis, Udo E.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Simonis, U. E. (2020). Vom "Green New Deal" zum "European Green Deal". (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, EME 2020-002). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <http://hdl.handle.net/10419/224668>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Simonis, Udo Ernst

Working Paper

Vom "Green New Deal" zum "European Green Deal"

WZB Discussion Paper, No. EME 2020-002

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo Ernst (2020) : Vom "Green New Deal" zum "European Green Deal", WZB Discussion Paper, No. EME 2020-002, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/224668>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Udo E. Simonis

Vom „Green New Deal“ zum „European Green Deal“

Discussion Paper

EME 2020–002

September 2020

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Emeriti

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
www.wzb.eu

Das Urheberrecht liegt bei/m (den) Autor/en / bei der/n Autorin/nen.

Discussion Papers des WZB dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden Arbeiten. Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem WZB Discussion Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form nicht entgegen.

Discussion Papers, die vom WZB herausgegeben werden, geben die Ansichten des/der jeweiligen Autors/Autoren wieder und nicht die der gesamten Institution WZB.

Udo E. Simonis
Vom „Green New Deal“ zum „European Green Deal“

Discussion Paper EME 2020-002
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2020)

Affiliation des Autors

Udo E. Simonis
udo.simonis@wzb.eu

<https://wzb.eu/de/personen/udo-e-simonis>

Zusammenfassung

New Deal: Einzelne Autoren und Institute, einige Regierungen und die Vereinten Nationen haben die Wiederbelebung und das Ergrünen eines alten Begriffs propagiert – Green New Deal. Um was es dabei geht oder gehen sollte, war aber höchst heterogen. Mit der Vorlage des Konzepts eines „European Green Deal“ seitens der EU-Kommission im Dezember 2019 ist eine neue Dynamik entstanden, die nun der praktischen Umsetzung harrt.

Schlüsselworte:

Roosevelt's New Deal; Green New Deal; European Green Deal; Entkopplung; De-Karbonisierung; De-Materialisierung; Re-Naturierung; Klimaneutralität; Kreislaufwirtschaft; schadstofffreie Umwelt; Natur-nahe Gesellschaft

„Green New Deal or European Green Deal“

Abstract

New Deal: Individual authors and institutes, some national governments and the United Nations have revitalized and renamed an old idea – Green New Deal. However, what it actually should have been about, was rather heterogeneous. With the submission of a concept on a “European Green Deal” by the EU Commission in December 2019, a new dynamic has emerged, which now awaits practical implementation.

Key words:

New Deal (Roosevelt); Green New Deal; European Green Deal; Decoupling; Decarbonisation; Dematerialisation; Renaturation; Climate neutrality; Circular economy; Emission-free environment; Nature-based society

Der negativ geladene Begriff „Corona-Pandemie“ wird wohl zum Unwort des Jahres 2020 werden. Sollte es aber ein positiv geladener Begriff sein, dann könnte „Green New Deal“ das Wort des Jahres werden – oder doch nicht? Was steckt hinter diesem Begriff?

- Braucht es, angesichts der vielfältigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit eines „Green New Deal“? Zur Beantwortung dieser Frage kommt es entscheidend darauf an, was man unter dem Begriff überhaupt verstehen will. Der Vorschläge dazu gibt es inzwischen viele: Aufforderungen seitens der UN, explizite Positionierung der EU-Kommission, allgemeine Absichtserklärungen nationaler Regierungen, ausgefeilte Konzepte verschiedener Institutionen, Visionen einzelner Wissenschaftler.
- Der Begriff „Deal“ ist im englischsprachigen Teil der Welt weit verbreitet und in der Regel auch zumeist positiv besetzt, im Sinne von „sich auf etwas Wichtiges verständigen“. In der deutschen Alltagssprache ist das ganz anders; da versteht man darunter eher „das abgekartete Spiel oder die Mausehelei im Hinterzimmer“. Es klänge schon viel besser, wenn man darunter verstehen wollte: „Die Karten müssen neu gemischt werden!“. Ich persönlich präferiere aber einen ganz anderen Begriff, der weniger missverständlich ist: den Begriff „Ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft“. Was aber hat es mit dem nun einmal omnipräsenten Begriff „Green New Deal“ auf sich?
- Thomas L. Friedman, dem wir die erste begründete Begriffsfassung „Green New Deal“ verdanken (2008), hatte die Vorstellung, dass man mit „grünen“ (sauberen und nachhaltigen) Technologien und Produkten einen durchgreifenden Strukturwandel der Weltwirtschaft erreichen könne, der eine gefährliche Klimaänderung verhindern und die Folgen des Klimawandels eindämmen werde.
- Edward B. Barbier formulierte das Konzept „Green New Deal“ auf Basis einer bildhaft-rhetorischen Frage (2010): „Wollen wir die Überwindung der Krise aus der Wiederbelebung der bestehenden ‚braunen‘ Weltwirtschaft heraus begründen oder wollen wir die globale Wiederbelebung in Richtung einer ‚grünen‘ Ökonomie voranbringen, die ökologische Schäden von vornherein zu vermeiden sucht?“.
- Das kann der Markt nicht richten. Das bedarf der aktiven politischen Lenkung, die eine kluge Mischung aus Entscheidungen und Rahmenbedingungen schafft, die zugleich zu Wiederbelebung (*recovery*) und zu Nachhaltigkeit (*sustainability*) führen. Die besondere Aufmerksamkeit muss dabei einer Doppel-Aufgabe gelten: den nationalen und den internationalen Möglichkeiten der Schaffung kohlenstoffarmer Ökonomien und dem

umfassenden Schutz der natürlichen Ökosysteme, insbesondere dem Klima und der Biodiversität.

- Während die Ökonomie mit Beginn der Industrialisierung immer die Priorität gegenüber der Ökologie voraussetzte und dies auch radikal durchsetzte, hat die jüngere akademische Debatte um einen „Green Deal“ zu zwei neuen markanten Positionen geführt: Das Konzept erfordert grundsätzlich die Parität von Ökonomie und Ökologie, sagen die einen; angesichts der entstandenen massiven ökologischen Schäden erfordert das Konzept die Priorität der Ökologie, sagen die anderen.

Worum ging es beim „New Deal“ Roosevelts?

- Der Begriff „New Deal“ wurde 1933 vom damaligen Präsidenten der USA, Franklin D. Roosevelt, in die politische Debatte eingeführt. Man kann die Jahre 1933 und 2020 nicht unmittelbar miteinander vergleichen: Massenarbeitslosigkeit in den USA damals, weltweite Corona- und Wirtschaftskrise heute. Das Beachtenswerte am „New Deal“ Roosevelts sehe ich in der ausgeprägten Radikalität des damaligen Denkens und Handelns: Es ging um Börsen- und Bankenüberwachung, um Verkürzung der Arbeitszeit und Mindestlöhne, um ein progressives Steuersystem, um einen Arbeitsdienst zur Wiederaufforstung des Landes, um massive Gebäude- und Infrastrukturinvestitionen, um den Staat als aktiven Energieversorger. Einiges davon ist – angesichts von Corona- und Wirtschaftskrise – auch heute noch relevant, anderes ist hinzugekommen. Radikales Denken und Handeln ist dabei auch heute wichtig. Doch das kann nicht per präsidialem Dekret, sondern nur nach demokratischen Prinzipien entwickelt und umgesetzt werden.
- Eine Frage ist weiterhin akut: Ist auch heute – im Jahr 2020 – die Forderung nach und massive Förderung des quantitativen Wirtschaftswachstums die passende Antwort? Nun, in Teilen der Welt stehen wir am Beginn einer „Postwachstums-Ökonomie“; in den letzten Jahren lagen die jährlichen Wachstumsraten vieler Industrieländer bei nur noch 1% oder 2%, bei einigen wurde sogar „De-Growth“ zur Realität. Das bedeutet aber noch nicht, dass die historische Wachstumsorientierung (und gar der Wachstumsfetischismus) der meisten Regierungen, Industriezweige und Menschen überwunden ist. „Re-Growth“ hat derzeit bei vielen Hochkonjunktur – und viele verstehen „Green New Deal“ auch als neue quantitative Wachstumsstrategie.
- Das zeigt sich gerade auch beim Streit um die Anteile an und die inhaltliche Deutung der beschlossenen Konjunktur- und Zukunftspakete – in Deutschland, wie in der Europäischen Union. Ob und wie diese Pakete umgepackt oder aber beige-packt werden können, das ist zurzeit ein „großes Spiel“ auf Bundes- wie auf EU-Ebene.

Wirtschaftswachstum, CO₂-Emissionen, Ressourcenverbrauch

- Für die Ökologie ist quantitatives Wirtschaftswachstum eine gravierende Gefahr wegen des damit verbundenen Ressourcenverbrauchs und der damit verbundenen Schadstoffemissionen; da wäre absolute Entkopplung angesagt. Was die konkrete Entkopplung von Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt – BIP), Ressourcenverbrauch und CO₂-Emissionen angeht, gibt es einige Vorreiter, viele Nachzügler und zahlreiche Sitzbleiber. Mehrere international vergleichende Studien (vgl. Fischer-Kowalski et al. 2011; Schandl et al. 2016; Haberl et al. 2020) haben gezeigt, dass es bisher aber nur Beispiele der relativen Entkopplung gibt; absolute Entkopplung ist, wenn überhaupt, eine krisenbedingte Ausnahme.
- Das soll nun allerdings, zumindest was die CO₂-Emissionen angeht, im Rahmen der generellen „De-Karbonisierung“ der Wirtschaft schnell anders werden – wofür das Ziel „Klimaneutralität“ formuliert wurde und allseits propagiert wird: Wenn die Wirtschaft weiter wächst (wachsen soll), dann darf dies nicht zur weiteren Schädigung des Klimas führen!
- Was dagegen die Chancen der Entkopplung von Wirtschaftswachstum (BIP) und Ressourcenverbrauch („De-Materialisierung“) angeht, gilt es zunächst einmal Steine aus dem Weg zu räumen, aber auch ganz andere Wege zu gehen: Das immanente zentrale Ziel der Wirtschaft, auf der betrieblichen wie der nationalen Ebene, war und ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität; darauf baute man die Fortdauer des Unternehmens und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Das war und ist das Credo der alles dominierenden neoklassischen Wirtschaftstheorie.
- Demgegenüber wurde die Steigerung der Ressourcenproduktivität sträflich vernachlässigt; die Natur wurde und wird weiterhin massiv ausgebeutet und der stringente Schutz der natürlichen Ökosysteme vielfach und weitgehend vergessen. Das kann nicht so weitergehen. Eine „Weiter-so-Politik“ darf jetzt – nach dem welt-weiten Parallel-Erleben von Corona-Pandemie und akuter Wirtschaftskrise – keine Option mehr sein.
- Das aber heißt, dass neben der weitgehend schon verinnerlichten neuen Ziel-Kategorie „De-Karbonisierung“ auch die „De-Materialisierung“ zu einer wichtigen technisch-ökonomischen Aufgabe werden muss. Da dies allein die natürlichen Ökosysteme aber nicht retten wird, sollten – so mein langjähriges, penetrantes Plädoyer – diese beiden Kategorien durch eine dritte, eine naturbasierte Ziel-Kategorie ergänzt werden: die systematische „Re-Naturierung“, die großangelegte Wiederherstellung von Flora und Fauna – in Deutschland, in Europa, in der ganzen Welt. Bei einem solchen strategischen

Ziel-Dreieck ginge es um eine andersartige, eine weitreichendere Re-Politisierung – nicht nur der Wirtschaft, auch der Gesellschaft, besonders der Zivil-Gesellschaft.

Handlungsanweisungen für den Green Deal. Was wird diskutiert, was fehlt?

- Wenn die drei Ziel-Kategorien „De-Karbonisierung“, „De-Materialisierung“ und „Re-Naturierung“ gleichzeitig und gleichrangig in den Fokus des politischen Handelns gelangen würden, entstünde zugleich die Frage nach den dazu erforderlichen strategischen Handlungsanweisungen. Die Umweltwissenschaften haben auch hierzu ein „magisches Dreieck“ begründet: das Dreieck von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz.
- Dass das Handeln der Menschen und der Politik angesichts der vielen ökonomischen Probleme und ökologischen Gefährdungen möglichst effizient sein sollte, ist *common-sense*. Dass es auch untereinander möglichst konsistent sein sollte, wird hingegen weit weniger beachtet. Daneben könnte und muss es aber auch um suffizientes Handeln gehen – um Genügsamkeit, Einfachheit, Schlichtheit.
- Die Corona-Pandemie hat bei vielen Menschen Selbstkritik an ihrem eigenen Lebensstil entstehen lassen und bereits zu vielfältigen, jeden Tag neu entstehenden persönlichen und gesellschaftlichen Alternativen geführt. Wir machen also zurzeit schon große Erfahrungen und interessante Versuche bei der Frage, ob Suffizienz nicht auch ein größeres gesellschaftliches Thema sein kann – oder in Zukunft wieder sein sollte.
- Wie aber steht es um die Akzeptanz von staatlichen Eingriffen beim Thema „Green Deal“? In Deutschland haben die Bundesregierung, die Länderregierungen und die Gemeinden in jüngster Zeit enorme Summen in die Hand genommen für Konjunktur- und Zukunftspakete – und sie haben dafür Schulden aufgenommen. Dass dies im Grundsatz notwendig ist, ist weitgehend unstrittig; Disput aber gibt es um das Volumen der Verschuldung und die dabei beachtete oder aber missachtete Frage der generativen Gerechtigkeit. Als generelles Prinzip sollte gelten: Die jetzt, in der „Phase der Doppel-Pandemie“ aufgenommenen Schulden dürfen die nachfolgenden Generationen netto nicht zusätzlich belasten, die durch sie bewirkten Investitionen müssen nachhaltig sein und ihnen zugutekommen – ihre Belastung durch zukünftigen Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Naturzerstörung ist ohnehin groß genug.

Der „European Green Deal“ – und warum das Adjektiv „new“ wegfiel

- Im Dezember 2019 hat die Europäische Kommission ihren mit Spannung erwarteten „Green Deal“ vorgestellt (The European Green Deal (COM (2019) 640 final, 11.12. 2019). Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nannte es in der ihr eigenen Art „Europas ‚Mann auf dem Mond‘-Moment“.
- In 10 Punkten werden darin die (meist sehr langfristigen) Ziele beschrieben und (teilweise auch) die finanziellen Größenordnungen der vorgesehenen Projekte angegeben. In Punkt 1 geht es um das übergeordnete langfristige Ziel „klimaneutrales Europa“ – definiert als Netto-Null-Treibhausemissionen im Jahr 2050. Als bald soll hingegen (Punkt 2) ein Aktionsplan für die „Kreislaufwirtschaft“ vorgelegt und praktiziert werden. Die Sanierungsrate von Gebäuden, die europaweit bei nur 1 % liegt, soll drastisch erhöht werden (Punkt 3). Keine Umweltverschmutzung mehr ist einer der weiteren Punkte, eine „schadstofffreie Umwelt“ das Ziel für 2050. Das schon laufende Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizon Europe“ soll prioritär zum Green Deal beitragen. Und dann zum Schluss Punkt 10: Die EU-Diplomatie soll in den Außenbeziehungen der Europäischen Union den „European Green Deal“ weltweit aktiv kommunizieren.
- Warum es bei dem ursprünglichen Thema „Green New Deal“ zum Wegfall des Adjektivs „new“ kam, kann ich nur mit einer starken Vermutung beantworten. Ein zentrales strategisches Prinzip des Europäischen Rates für die Zukunft der EU heißt „politische Souveränität“ – Souveränität insbesondere im Verhältnis zu den USA und zu China. Soll sich dieses strategische Prinzip auch im Titel des neuen, großen Vorhabens Europas spiegeln, dann kann man sich nicht mit „Green New Deal“ identifizieren wollen – mit einem Leihwort, das nicht in Europa, sondern in den USA erfunden wurde. Dann muss man dem Kind einen europäischen Namen geben: „European Green Deal“. Dieser Name ist nun gefunden, doch kann das Vorhaben auch finanziert werden und erfolgreich sein?
- Um die Konkretisierung, Aktualisierung und Finanzierung des „European Green Deal“ ging es beim Marthontreffen des Europäischen Rates im Juli 2020. Das Ergebnis dieses Treffens konkretisierte sich in der Form eines Doppel-Pakets der EU-Finzen. Nach vielen Gefechten und Scharmützeln einigten sich die 27 EU-Mitgliedsstaaten auf eine umfassende Finanzierung, bei der die Aufgabe der Erholung von der Corona-Krise und die Festlegung des mittelfristigen EU-Haushalts der Jahre 2021 bis 2027 miteinander verknüpft worden sind.

- Dazu hat der Europäische Rat die EU-Kommission ermächtigt, Finanzmittel für eine „Aufbau- und Resilienzfazilität“ an den Kapitalmärkten in Höhe von 750 Mrd. € aufzunehmen – eine historisch erstmalige Entscheidung. Davon sollen 360 Mrd. für Darlehen und 390 Mrd. für Zuschüsse an die Mitgliedsstaaten vergeben werden. Zudem wurde der Gesamtbetrag an Mitteln für den EU-Haushalt 2021 bis 2027 auf rund 1.074 Mrd. € festgelegt, von denen ein großer Teil für den ökologischen und digitalen Strukturwandel der Europäischen Union verwendet werden soll. Dieses Doppel-Paket der EU-Finzen für die nächsten Jahre beläuft sich damit insgesamt auf rund 1.824 Mrd. € – eine wirklich gewaltige Summe.
- In diesem Übereinkommen wird zudem mehrfach die Notwendigkeit von zusätzlichen eigenständigen Mitteln der EU angeführt. Als zukünftig mögliche neue Finanzierungsquellen werden aufgeführt: Einnahmen aus nicht recycelten Verpackungsabfällen, ein CO₂-Grenzausgleich, eine Digitalabgabe und (möglicherweise) eine Finanztransaktionssteuer. Eine weitere Finanzierungsquelle der EU könnte sich aus der Ausweitung des europäischen Emissionshandelssystems auf den Luft- und Seeverkehr ergeben.

Fazit

- An ausreichenden Finanzmitteln dürfte es dem „European Green Deal“ nicht mangeln. Eher könnte sein Erfolg an fehlenden oder aber fehlerhaften Ideen und Projekten der zukünftigen „Ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft Europas“ scheitern. Auch ist die Frage, wie die effektive Kontrolle des Einsatzes der beschlossenen enormen Finanzmittel gewährleistet werden kann, noch weitgehend offen. Immerhin: Diese Kontrolle ist das genuine Anliegen des in der Debatte um den „European Green Deal“ selbstbewusster gewordenen Europa-Parlaments.

Weiterführende Literatur

Barbier, Edward B.: A Global Green New Deal. Rethinking the economic recovery, Cambridge 2010.

Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions — The European Green Deal ([COM\(2019\) 640 final](#), 11.12.2019).

European Council Conclusions, 17-21 July 2020.

Friedman, Thomas L.: A Green New Deal. Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices, New York 2008.

Fischer-Kowalski, Marina et al.: Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impacts from Economic Growth, Geneva 2011.

Haberl, Helmut et al.: A Systematic Review of the Evidence on Decoupling of GDP, Resource Use and GHG Emissions, in: Environmental Research Letters, March 27, 2020.

JAHRBUCH ÖKOLOGIE: Re-Naturierung. Gesellschaft im Einklang mit der Natur, Stuttgart 2014.

Schandl, Heinz et al.: Decoupling Global Environmental Pressure and Economic Growth: Scenarios for Energy Use, Materials Use and Carbon Emissions, in: Journal of Cleaner Production, 132, 2016, pp. 45-56.

Simonis, Udo E.: Ökologischer Strukturwandel oder Green New Deal?, in: Universitas, 75. Jg., 2, 2020, S. 72-92.

Discussion Papers der Emeriti

Udo E. Simonis

EME 2019-001

„Von A bis Z“ – 100 wichtige Umweltbücher

„From A to Z“ – 100 important environment books, 249 Seiten

Udo E. Simonis

EME 2019-004

De-Karbonisierung“ plus „Re-Naturierung“. Argumente für eine
Doppelstrategie der Klimapolitik, 12 Seiten

Georg Fischer und Günther Schmid

EME 2020-001

Arbeitslosigkeit in Europa und den USA unter Covid-19: Besser im
Korsett einer Versicherungslogik eingeeengt oder den Launen eines
Präsidialsystems ausgeliefert?, 16 Seiten

All discussion papers are downloadable:

<http://www.wzb.eu/en/publications/discussion-papers/>